



**Geschäftsführung
Wirtschaftsausschuss**

Frau Doberitz

Telefon: (0221) 25507

Fax: (0221)

E-Mail: uta.doberitz@stadt-koeln.de

Datum: 17.05.2018

Niederschrift

über die **28. Sitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 19.04.2018, 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg van Geffen	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Frau Claudia Heithorst	CDU
Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Claudia Klein	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Manfred Richter	GRÜNE	in Vertretung für Frau Sabine Pakulat
----------------------	-------	---------------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Eugen Litvinov	Integrationsrat
Herr Dr. Witich Roßmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen

Herr Wolfgang Lindweiler

auf Vorschlag von DIE LINKE

Verwaltung

Herr Karl-Heinz Merfeld

Schriftführerin

Frau Uta Doberitz

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sabine Pakulat

GRÜNE

vertreten durch Herrn Manfred Richter

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Viktor Heese

auf Vorschlag der AfD

Herr Hermann Jutkeit

auf Vorschlag der SPD

Herr Markus Sterzl

auf Vorschlag der SPD

Herr Thorsten Rensing

auf Vorschlag der FDP

Herr Jörg Kalitowitsch

KLuST e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik

Integrationsrat

Frau Claudia Mewaldt

KLuST e.V.

Herr van Geffen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er verweist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung und fragt nach Anmerkungen und Wünschen.

Frau Thelen schlägt vor, die Präsentation von Frau Kleine Klausing unter TOP 1.1 und den TOP 15.1 entweder nacheinander zu behandeln oder zumindest die Fragen zu TOP 15.1. direkt im Anschluss an die Präsentation zu behandeln. Der Ausschuss ist einverstanden, den TOP 15.1 vorzuziehen.

Der Ausschuss hat keine Bedenken, dass die Tischvorlagen in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Zu der Niederschrift der Sondersitzung am 19.03.2018 gab es den Hinweis aus der Bevölkerung, dass die Dauer der Abwesenheit des Vorsitzenden nicht vermerkt ist.

Herr van Geffen bittet, in die Niederschrift der Sitzung vom 19.04.2018 den Hinweis aufzunehmen, dass er an der Sitzung am 19.03.2018 ab 17.07 Uhr teilgenommen und zu diesem Zeitpunkt auch den Vorsitz übernommen hat.

Herr Lindweiler fragt, ob es zwingende Gründe gäbe, dass er seine angekündigte mündliche Anfrage zu den Auswirkungen des Urteils zur „Parkstadt Süd“ im nicht-öffentlichen Teil stellt. Dies wird von Seiten der Verwaltung verneint.

Herr Joisten fragt nach den Hintergründen, warum die Beratungsfolge für die Vorlage DS 2998/2017 nicht, wie in der Sondersitzung am 19.03.2018 festgelegt, um den

Wirtschaftsausschuss erweitert worden ist. Er hat die Vorlage auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung erwartet. Er verweist auf die sehr uneinheitlichen Voten der Bezirksvertretungen und dem darin jeweils enthaltenen, dominanten Aspekt der Benennung von Straßen und Plätzen nach Unternehmen. Er hält eine Positionierung des Wirtschaftsausschusses zu dieser Frage für wichtig.

Herr Fritz (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) erläutert, dass sich auf Grund dieser divergierenden Voten der Bezirksvertretungen die Vorlage nochmals in der Verwaltungsabstimmung befindet und sich die weiteren Beratungen deshalb um einen Sitzungslauf verzögern. Die Beteiligung des Wirtschaftsausschusses ist in die Beratungsfolge aufgenommen worden.

Die vorliegende Tagesordnung wird vom Ausschuss genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

- 1.1 KölnTourismus GmbH - Ergebnisse 2017 und Ausblick 2018, Präsentation durch die Prokuristin Frau Stephanie Kleine Klausing

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage des MdR Joisten zur Niederschrift zur Sitzung des koeln.de-Beirates am 29.11.2017
1110/2018
- 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 30.01.2018
1134/2018

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

- 6.1 Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen'
0507/2018

- 7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten**
- 8 Marktwesen**
- 9 "koeln.de"**
- 10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**
 - 10.1 Jahresplanung 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft 0568/2018
 - 10.2 Jahresplanung 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft 0909/2018
 - 10.3 Freigabe zusätzlicher Mittel aus der Kulturförderabgabe 0539/2018
- 11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**
- 12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**
- 13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**
- 14 Mitteilungen**
 - 14.1 Internationale Immobilienmesse MIPIM 2018 0893/2018
 - 14.2 Kleinräumige Branchenstruktur am Standort Köln 2008 bis 2015 - Auswertung des Unternehmensregisters 0958/2018
 - 14.3 Förderung der Elektromobilität - Was tut die Verwaltung?
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.03.2018, TOP 5.2.3 0936/2018
 - 14.4 materials.cologne 2018 – Die Konferenz für Design und Innovation 1060/2018
 - 14.5 Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH - Aktueller Sachstand April 2018 1119/2018

15 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 15.1 Freigabe zusätzlicher Mittel aus der Kulturförderabgabe - Teilplan 1501 Wirtschaft und Tourismus - Zuschuss an die KölnTourismus GmbH
1013/2018

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

1.1 KölnTourismus GmbH - Ergebnisse 2017 und Ausblick 2018, Präsentation durch die Prokuristin Frau Stephanie Kleine Klausing

Frau Kleine Klausing (KölnTourismus GmbH) beginnt ihren Vortrag mit den Ankünften und Übernachtungen in Köln, die sich nach einem leichten Einbruch in 2016 in 2017 wieder gesteigert haben. (Zahlen können der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten MS Powerpoint Präsentation entnommen werden.) Im deutschlandweiten Vergleich im Zeitraum 2013 - 2017 liegt Köln im Spitzenbereich mit einer überdurchschnittlichen Steigerung von 23,2 %.

Der Kölner Hotelmarkt wurde in 2017 gemeinsam mit den anderen Akteuren untersucht, die Ergebnisse sind in dem Kompendium „Der Kölner Hotelmarkt – Glänzende Aussichten“ zusammengefasst. Es besteht aus Sicht der Akteure weiterhin ein Bedarf an zusätzlichen Betten internationaler Hotelketten im vier- und fünf-Sterne Bereich. Diese werden insbesondere von den Besuchern der Messen nachgefragt und sind für die Akquise internationaler Kongresse von großer Bedeutung.

Auch im Bereich der Kongressveranstaltungen gibt es für 2017 eine positive Bilanz mit einer Steigerung von 1,8 %. Dies gilt auch für den Messe- und Event-Standort Köln. Frau Kleine Klausing berichtet über das EFRE-Projekt #urbanana, welches in Kooperation mit Tourismus NRW, Ruhr Tourismus und Düsseldorf Tourismus durchgeführt wird. Kreativbranche und Tourismus sollen hier näher zusammengebracht werden.

Das Themenjahr 2018/19 heißt Culinary Cologne, u.a. als Ergebnis der Beiträge aus dem Blog #urbanCGN sowie im Fahrwasser der DZT (Deutsche Zentrale für Tourismus), die Culinary Germany als ihren Schwerpunkt in 2018 gesetzt hat.

Zehn Jahre besteht das Cologne Convention Bureau, die Zahl der Partner, mit denen das CCB zusammenarbeitet, hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Das Netzwerk wurde erfolgreich in die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft ausgebaut, beides Impulsgeber für Kongresse. Der Weltpathologentag in Köln 2017 ist zum Beispiel auf diese Zusammenarbeit zurückzuführen. KölnTourismus hat die wirtschaftlichen Effekte dieser Veranstaltungen für Köln untersuchen lassen (Folie 12 der Präsentation).

Herr van Geffen bedankt sich für den Vortrag und eröffnet die Nachfragerunde.

Herr Joisten bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für den Einsatz von KölnTourismus und berichtet von positivem Feedback von Kunden und Kooperationspartnern. Er fragt nach der Einschätzung zu den Kongress-Kapazitäten unter Berücksichtigung der Aktivitäten der KoelnMesse sowie zu den bestehenden Hotelkapazitäten.

Frau Kleine Klausing antwortet, die Fertigstellung der CONFEX®-Halle 2021/2022 vorausgesetzt, besteht dann ein Angebot für mehr als 1.500 Personen in einem Kongresssaal und der Bedarf ist aus heutiger Sicht erstmal gedeckt. Bei den Hotelkapazitäten wird jedoch ein weiterer Bedarf gesehen. Derzeit hat Köln als Standort für große Kongresse schlechte Bedingungen, da die Teilnehmenden auf eine Vielzahl von Hotels in der Stadt und im Umland verteilt werden müssen. Große Veranstalter fragen gezielt nach den in Köln ansässigen Hotelketten im vier und fünf Sterne Bereich, das Fehlen kann zum Ausschlusskriterium für die Durchführung großer Kongresse werden. Die Ansiedlung weiterer Hotelketten würde auch den Erfolg der CONFEX®-Halle unterstützen. Die Akquise erfolgt im engen Dialog mit Wirtschaftsförderung, KölnMesse und den weiteren Partnern

Herr Frank bedankt sich ebenfalls und fragt nach der Einschätzung bezüglich der Kategorisierung der Hotels. Außerdem fragt er nach der Herkunft der Städtetouristen und ob sich der Städtetourismus nach der Silvesternacht stabilisiert hat.

Frau Kleine Klausing sieht den Bedarf bei vier bis fünf Sterne Hotels internationaler Ketten. Die Gäste kommen zu 65% aus dem Inland und zu 35% aus dem Ausland (Großbritannien, USA, Niederlande, Italien, Frankreich und Belgien sind stabil in den ersten Rankings, Russland und China sind Wachstumsmärkte.) Die Sicherheitslage insgesamt hat die Reisetätigkeit in 2016 beeinflusst. Die Zahlen in Köln und den anderen betroffenen Städten haben sich wieder stabilisiert.

Frau Klein schließt sich dem Dank an und fragt nach dem Bedarf für die Start up-Szene beziehungsweise im Low Cost Bereich, insbesondere im rechtsrheinischen Köln.

Frau Kleine Klausing sieht keinen weiteren Bedarf.

Herr Lindweiler fragt, ob die erwähnte Studie Aufschluss bietet über die Art der Beschäftigungsverhältnisse.

Frau Kleine Klausing sagt eine Nachfrage beim Verfasser zu.

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage des MdR Joisten zur Niederschrift zur Sitzung des koeln.de-Beirates am 29.11.2017 1110/2018

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung vor.

3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 30.01.2018 1134/2018

Dem Ausschuss liegt die Beantwortung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Die Antwort bezieht sich auf die von Frau Klein in der Sitzung am 30.01.2018 unter TOP 16 gestellte mündliche Frage zum Thema Einzelhandelskonzept.

Frau Klein bedankt sich für die Antwort und stellt folgende weitere Fragen

- Lässt sich das für 2019 angekündigte Einzelhandelskonzept (EHK) vorziehen oder beschleunigen?
- Gibt es zu den Runden Tischen Protokolle oder Übersichten?
- Ab wann würde das Projekt mit der Landesförderung starten und wurden zu diesem Thema auch EU-Fördermittel geprüft?

Frau Jäger (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) verweist auf den Umfang der Arbeiten, die zur Erstellung des EHK notwendig sind. Die Daten für die 86 Veedel und noch mehr Versorgungsbereiche sind erhoben und müssen nun eingearbeitet werden. Derzeit gibt es Überlegungen, das Steuerungsschema in einer separaten Vorlage vorzuziehen, welche dann ab der zweiten Jahreshälfte 2018 beraten werden kann. Ein Jahr wird dafür kalkuliert.

Es gibt Protokolle des Konsultationskreises und der Projektgruppe, diese sind aber

vertraulich auf Grund der dort diskutierten Ansiedlungsvorhaben. Fragen aus dem Wirtschaftsausschuss werden aber jederzeit gerne beantwortet.

Der Projektaufruf des Landes lautet: „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken. Handel durch Digitalisierung stärken“ und wird von der IHK zu Köln und ihrem Pilotprojekt Handelskümmerer unterstützt. Die Stadt Köln wird sich an dem Projekt beteiligen, eine Übernahme von Projektkosten ist nicht vorgesehen.

Herr Dr. Strahl stellt in Frage, ob die erhobenen Daten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch aktuell genug sind.

Frau Jäger (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) betont, dass es für eine Stadt von dieser Größenordnung nicht schneller geht.

Herr Breuer (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) weist darauf hin, dass die notwendigen Daten nicht abgegriffen werden können, sondern zeitaufwändig erhoben werden müssen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

6.1 Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen' 0507/2018

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung als Sammelumdruck vor. Die neu gedruckte Anlage 3 sowie die Anlagen 6, 6a und 7 liegen als zusätzliche Tischvorlage vor.

Herr Joisten begrüßt die Vorlage und schlägt dem Ausschuss mit Blick auf die von der BV Porz gestellten Fragen vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Frau Sommer verweist auf die Beratung im Liegenschaftsausschuss, der die Fragen der BV Porz zur Verkehrsplanung von der Vorlage abgekoppelt und zur Beratung in den Verkehrsausschuss verwiesen hat.

Herr Frank betont, dass es in der Beschlussvorlage ausschließlich um die förmliche Festsetzung eines städtebaulichen Entwicklungsbereiches in Form einer Satzung geht und schlägt ebenfalls vor, wie der Liegenschaftsausschusses zu entscheiden.

Herr Lindweiler stellt die Frage, ob die Verwaltung sicher sei, dass mit dieser Satzung eine Rechtssicherheit hergestellt wird, die, und nicht wie im Fall „Parkstadt Süd“, einer gerichtlichen Überprüfung standhält.

Frau Jäger (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) bestätigt, die Satzung sei ein Eingriff ins Eigentum. Aber ohne einen Übergang der betroffenen Grundstücke in das Eigentum der Stadt oder eine vertragliche Zusicherung der Mitwirkungsbereitschaft durch die Eigentümer wird diese große städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nicht umgesetzt werden können. Das ganze Areal muss zur Erschließung aus Gründen des Hochwasserschutzes um fast 8m angehoben werden. Das geht nur auf der gesamten Fläche, damit die erforderlichen Straßen und Brückenbauwerke zur Erschließung des

Areals errichtet werden können. Wenn einer der Bausteine fehlen sollte, kann das Lärmschutzkonzept nicht umgesetzt werden.

Auch wenn damit gerechnet werden muss, dass einer der Eigentümer seine Rechtsmittel ausschöpft, kann auf den Erlass der Satzung nicht verzichtet werden.

Die Vorlage wird von der Verwaltung für extrem rechtssicher gehalten. Es stellt sich allerdings keine Alternative dar.

Der Ankauf der Grundstücke muss zu vernünftigen Preisen erfolgen, denn mit der Wertschöpfung werden die kostenintensiven Infrastrukturmaßnahmen finanziert. Die Maßnahme ist dann auskömmlich.

Die Verkehrsfragen sind in den anstehenden Bebauungsplänen zu lösen, sind aber nicht Bestandteil der vorgelegten Satzung.

Herr Joisten bedankt sich für die Informationen. Als Ergebnis der Diskussion schließt er sich dem Vorschlag an, dass der Wirtschaftsausschuss wie der Liegenschaftsausschuss beschließt.

Herr van Geffen stellt die Vorlage zu Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss verweist die von der Bezirksvertretung Porz beschlossenen Änderungen zur separaten Beratung an den Stadtentwicklungsausschuss und den Verkehrsausschuss.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat nimmt die vorbereitenden Untersuchungen nach § 165 Absatz 4 des Baugesetzbuchs (BauGB) für das Gebiet 'Deutzer Hafen' (Anlage 3) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt für das in Anlage 1 dargestellte Gebiet in Köln-Deutz die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen' nach § 165 Absatz 6 des BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634).

Das von dem Entwicklungsbereich betroffene Gebiet ist in Anlage 1 nach Flurstücken abgegrenzt und in einem Lageplan dargestellt. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

8 Marktwesen

9 "koeln.de"

10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

10.1 Jahresplanung 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft 0568/2018

Der Ausschuss nimmt die in der letzten Sitzung vertagte Jahresplanung 2018 zur Kenntnis.

10.2 Jahresplanung 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft 0909/2018

Herr Joisten hält das Paket von Maßnahmen für ambitioniert und für eine gute Grundlage, um die Stadt gerade in digitalen Fragen nach vorne zu treiben. Er bittet um weitere Berichterstattung

Frau Klein bewertet das vorgelegte Konzept als sehr gut, vielfältig und die Dynamik in diesem Feld widerspiegelnd.

Herr Berger (Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft) sagt weitere Berichterstattung zu.

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss befürwortet die in der Anlage 1 dargestellten Maßnahmen 2018 und beschließt, die im Teilergebnisplan 1501 -Wirtschaft und Tourismus - des Haushaltsplanes 2018 enthaltenen Mittel für Maßnahmen und Initiativen der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft entsprechend zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10.3 Freigabe zusätzlicher Mittel aus der Kulturförderabgabe 0539/2018

Herr van Geffen stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2018 stehen aus der Kulturförderabgabe zusätzliche Mittel im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – für Maßnahmen der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft zur Verfügung.

Der Wirtschaftsausschuss beschließt die Durchführung der in der **Anlage** dargestellten Maßnahmen.

Er empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Finanzausschuss beschließt zur Durchführung der Maßnahmen die Freigabe der im Teilergebnisplan 1501 –Wirtschaft und Tourismus in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – veranschlagten konsumtiven zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen i.H. v. 270.000 Euro für die Realisierung der dargestellten Maßnahmen in 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

14 Mitteilungen

**14.1 Internationale Immobilienmesse MIPIM 2018
0893/2018**

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung vor.

Herr Joisten fragt, ob es schon Ergebnisse gibt, die dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden können.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) weist auf die Funktion dieses Messeauftritts als imagebildende Maßnahme hin und auf seine Bedeutung auf der weltweit wichtigsten internationalen Immobilienmesse. Köln gerät auch auf Grund der Messepräsenz zunehmend in den Fokus international operierender Investoren.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**14.2 Kleinräumige Branchenstruktur am Standort Köln 2008 bis 2015 -
Auswertung des Unternehmensregisters
0958/2018**

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung vor. Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne Rückfragen zur Kenntnis.

**14.3 Förderung der Elektromobilität - Was tut die Verwaltung?
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 05.03.2018, TOP 5.2.3
0936/2018**

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung vor. Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne Rückfragen zur Kenntnis.

14.4 materials.cologne 2018 – Die Konferenz für Design und Innovation 1060/2018

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor. Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne Rückfragen zur Kenntnis.

14.5 Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH - Aktueller Sachstand April 2018 1119/2018

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr Joisten und Herr Dr. Strahl bitten um mündliche Erläuterung.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) weist auf die verbesserte Kommunikation mit den Mitarbeitenden hin. Derzeit werden Einzelgespräche geführt, um konkrete Fragestellungen bezüglich eines weiteren Einsatzes entweder in der zu gründenden GmbH oder in der Kernverwaltung zu klären.

Herr Joisten fragt nach einer Konkretisierung der Ausführungen zur Stärkung der Personalausstattung, nach den Konditionen für eine Weiterbeschäftigung der Mitarbeitenden in der GmbH, nach der Auskunft zur steuerlichen Mehrbelastung und nach dem Zeitplan für die Ratsentscheidung.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) berichtet, dass derzeit eine Ratsentscheidung am 03.09.2018 mit vorherigen Sondersitzungen der Fachausschüsse geplant sei. Mit der zukünftigen finanziellen und personellen Ausstattung der GmbH soll eine Optimierung von Qualität und Quantität der Arbeit erreicht werden. Die Konditionen für die Weiterbeschäftigung werden im Rahmen des geplanten Überleitungstarifvertrages zwischen der Stadt Köln und den Gewerkschaften ausgehandelt, deshalb kann derzeit keine konkrete Aussage hierzu getätigt werden.

Herr Lindweiler stellt in Frage, ob bis zur Ratsentscheidung eine verbindliche Auskunft der Finanzverwaltung zur Umsatzsteuerpflicht zu den Personalkosten vorliegt und die finanzielle Mehrbelastung beziffert werden kann.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) weist darauf hin, dass ab 2021 für jede Arbeitnehmerüberlassung eine Umsatzsteuerpflicht ausgelöst wird. Dies betrifft dann nicht nur die an die zukünftige GmbH zugewiesenen, sondern alle bereits zu jetzigen Zeitpunkt an Dritte zugewiesenen Beamtinnen und Beamte.

Herr Roßmann fragt nach der Funktion der herausgehobenen Dienststelle.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) erläutert, dass mögliche Probleme der Kommunikation zwischen der zukünftigen GmbH und der Kernverwaltung damit gelöst werden sollen. Derzeit werde die Frage des Datenaustausches unter Wahrung des Datenschutzes geprüft. Die herausgehobene Dienststelle soll künftig alle Aufgaben, die nur innerhalb der Verwaltung ausgeführt werden können, übernehmen. Dazu gehört u.a. die Geschäftsführung des Wirtschaftsausschusses und die Mitzeichnung von wirtschaftsrelevanten Planungen.

15 Allgemeine Beschlussvorlagen**15.1 Freigabe zusätzlicher Mittel aus der Kulturförderabgabe - Teilplan 1501
Wirtschaft und Tourismus - Zuschuss an die KölnTourismus GmbH
1013/2018****Beschluss:**

1. Im Haushaltsplan 2018 stehen 440.000 Euro aus der Kulturförderabgabe im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen - für zusätzliche Maßnahmen der KölnTourismus GmbH zur Verfügung. Der Wirtschaftsausschuss beschließt die Durchführung der in der Begründung dargestellten Maßnahmen.

Fortsetzung #urbanCGN	40.000 Euro
Culinary Cologne	100.000 Euro
MICE Bereich/ CCB	130.000 Euro
Kampagnen und Kooperationen mit Reiseveranstaltern und Verkehrsträgern	130.000 Euro
Erstellung von Fotos und Bewegtbildmaterial	40.000 Euro
Gesamtsumme	440.000 Euro

Er empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

2. Der Finanzausschuss beschließt zur Durchführung zusätzlicher Maßnahmen der KölnTourismus GmbH auf der Basis des vorgelegten Umsetzungskonzeptes die Freigabe der im Teilergebnisplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen - zusätzlich veranschlagten konsumtiven zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 440.000 Euro in 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

16 Mündliche Anfragen

Herr Lindweiler fragt zum einen nach den potentiellen Auswirkungen der Entscheidung des BVerwG in der mündlichen Verhandlung am 10.04.2018 zur Sanierungssatzung „Parkstadt Süd“ und zum anderen, ob mit den Großmarktnutzern Kontakt aufgenommen wurde hinsichtlich ihrer Standort- und Planungssicherheit.

Frau Jäger (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert, dass seit der Wirksamkeit der Satzung in 2013 der überwiegende Anteil der Grundstücke von der Stadt Köln angekauft wurden, um die Parkstadt Süd realisieren zu können. Es gibt derzeit nur noch wenige, über das Sanierungsgebiet verteilte Grundstücke in privatem Eigentum. Da die Verwaltung nicht mit einer für sie positiven Entscheidung des BVerwG gerechnet hat, wurde eine Satzung zum besonderen Vorkaufsrecht (für jede Immobilie und für jedes Grundstück) für den Bereich des Sanierungsgebietes vorbereitet und nach der Entscheidung des BVerwG in die Beratungsfolge gegeben. Diese Satzung tritt nach Ratsbeschluss und Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Das bereits verabschiedete Vorkaufsrecht ist in diesem Bereich nicht anwendbar, da u.a. bisher kein rechtskräftiger Bebauungsplan besteht.

Eine Entwicklungsverzögerung bei der Umsetzung der Parkstadt Süd ist nicht deutlich erkennbar. Es wird nun der integrierte Plan weiterentwickelt. Über den großen Einleitungsbeschluss werden die Teilräume nacheinander mit der Aufstellung von einzelnen Bebauungspläne geplant.

Auf Grund des Urteils hat die Stadt im Sanierungsgebiet nun keinen Einfluss mehr auf bestehende und abzuschließende private Miet- und Pachtverhältnisse (§144 BauGB).

Herr Fritz (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) ergänzt zur zweiten Frage, dass die von der Stadt abgeschlossenen Miet- und Pachtverhältnisse davon nicht betroffen sind.

Herr Schäfer fragt, ob nicht eine geänderte Sanierungssatzung verabschiedet werden kann.

Frau Jäger (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) weist darauf hin, dass hierfür alle Beteiligungsverfahren erneut durchlaufen werden müssen. Es stellt sich die Frage, ob dieses aufwändige Instrument das richtige ist, um mit den wenigen verbliebenen privaten Grundstückseigentümern zu einem Konsens zu gelangen. Dies muss im weiteren Verfahren geprüft werden.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 18.45 Uhr.

gez. van Geffen	gez. Doberitz
Ausschussvorsitzender	Schriftführerin

Ende des nicht-öffentlichen Teils der Sitzung um 18.55 Uhr.

gez. van Geffen	gez. Doberitz
Ausschussvorsitzender	Schriftführerin